

Sächsische Zeitung



1914. Nr. 112.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 7. März 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 20.
Dennert am Kurfürst Nr. 620.
Druck und Verlag von Otto Crelitz, Halle (Saale).

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62.
Dennert am Kurfürst Nr. 620.
Druck und Verlag von Otto Crelitz, Halle (Saale).

Deutsches Reich.

Wichtiger Hängen!

Das Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen zu Düsseldorf sendet an eine Reihe von Handelskammern der beiden Provinzen folgenden Schreiben:

Wir bitten Sie, uns Ihre Jahresberichte nach Erscheinen sofort zu übersenden. Unser Bureau hat die Aufgabe, 30 Tageszeitungen und die ganze Presse der freien Gewerkschaften mit Tagesnachrichten aus Rheinland und Westfalen zu versehen. Wir nehmen an, daß ein Publikum Ihrer Berichte durch die Arbeiterpresse Ihnen erwünscht ist und hoffen, daß Sie genau wie die übrigen großen Gewerkschaften und sonstigen Publikationen große Aufmerksamkeit bekommen. Unserer wirtschaftlichen Abteilung liegt bei Ihnen, möglichst schnell die Presse zu benachrichtigen. Deshalb bitten wir nochmals um sofortige Ueberweisung Ihrer Veröffentlichungen. Ihrer gefl. Mitwirkung gegen entgegenstehende, zeitlich bedingungslos Sozialdemokratisches Bureau für Rheinland und Westfalen.

Dies ist ein sehr merkwürdiges Schriftstück. Zunächst der Ton! Das Sozialdemokratische Bureau bittet die Handelskammern, die Jahresberichte nach Erscheinen sofort zu übermitteln, es bittet um sofortige Ueberweisung aller Veröffentlichungen, es hofft, „genau wie die übrige Presse“ die Jahresberichte und sonstigen Publikationen gratis übermitteln zu bekommen. Das ist ein Ton, den weder die ministerielle Aufsichtsbehörde der Handelskammern noch irgend eine andere Behörde den Kammern gegenüber annehmen würde. Aber sehen wir hieron ab. Es ist ja möglich, daß der Verfasser dieses Schriftstückes bei seiner sozialdemokratischen Erziehung die Unhöflichkeit seiner Tonart gar nicht merkt. Was soll man aber davon sagen, daß ein Bureau, welches sich sowohl an Spitze des Betriebes als auch auf dem Umfange als sozialdemokratisch bezeichnet, preußischen Handelskammern zu tun, seinen Nachridendienst zu unterrichten, den 90 sozialdemokratische Tageszeitungen und die ganze Presse der freien Gewerkschaften, also wiederum an die sozialdemokratische Presse, Nachrichten verbreitet. Damit ist doch einer preußischen Behörde, welche den preußischen heraldischen Adler als Siegel führt, zugemutet, die sozialdemokratische Presse prompt und gratis zu unterstützen; denn wenn dieses Bureau von Arbeiterpresse spricht, dann meint es in seinem Vorgehen doch nichts anderes als die sozialdemokratische Presse, die zu beherrschen eine preußische Handelskammer ganz und gar kein Interesse haben kann und darf. Das dieses Bureau im Ernste zu glauben scheint, es könnte auch nur eine preußische Handelskammer in diese plumbe Falle hineingehen, zeigt, bis zu welcher an Größenwahn streifenden Arroganz die sozialdemokratischen Bureaus wie die Sozialdemokratie selbst heute schon gelangt sind.

Der endgültige Kommissionsabschluß über die Duellfrage.

Die 16. Kommission des Reichstags trat gestern zusammen, um die endgültige Formulierung des dem Plenum vorzuliegenden Kommissionsbeschlusses zur Lösung der Duellfrage vorzunehmen. Ein Antrag Dr. von Colfer (nl.), Groeber (Rnt.) schlug folgende Fassung vor: „Hat der Herausforderer oder der Anzunehmende die Herausforderung oder hat in den Fällen der §§ 205 bis 208 (Zweikampf mit tödlichem Ausgang unter Ueberleitung der vereinigten Regeln des Zweikampfs oder ohne Sekundanten) der Täter den Zweikampf freiwillig verweigert, so tritt an Stelle der Freiheitsstrafe Gefängnisstrafe für die Dauer der Gefängnisstrafe für den Verurteilten der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“ Das Plenum hat auf seine Forderung, bei Vorliegen einer solchen Sanction die bürgerlichen Ehrenrechte obligatorisch abzuerkennen, fallen lassen, um eine einseitige Stellung der Kommission zu erleichtern. Ein sozialdemokratischer Redner beantragte die Aufrechterhaltung der vorgelegten angenommenen und gestern vom Plenum fallen gelassenen Bestimmung. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde gegen deren drei Stimmen abgelehnt und sodann der Antrag von Colfer-Groeber einstimmig angenommen. In das Plenum soll ein mündlicher Teilbericht erstattet und der angenommene Antrag, nicht in Verbindung mit der Duellinterpellation, sondern nach derselben, als einstimmiger Kommissionsantrag dem Plenum vorgelegt werden.

Die zweite reichsländische Kammer

nahm den Dispositionsfonds des Staatalters in Höhe von 100 000 M. mit 26 gegen 18 Stimmen an. Die Zentrumsabgeordneten Häpflitz und Weitzel enthielten sich der Abstimmung. Der Abgeordnete Drumm richtete im Ausschussfrage dielekten an den Staatssekretär die Anfrage, ob ihm bekannt sei, daß Abgeordnete der Kammer bei ihrer Ankunft und Abfahrt auf dem Bahnhof durch die Polizei beobachtet würden. Darauf erwiderte Ministerialdirektor Gromann, daß der Zentrumsabgeordnete und der Polizeibehörden hiervon nichts bekannt sei. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung erklärte ein Regierungsvertreter, daß die Polizeibeamten auf den Bahnhöfen den Auftrag hätten, jeden Zug eine bestimmte Anzahl von Reisenden zu

melden, damit ihre Aufmerksamkeit nachgeholt werde. Wenn dabei Ueberretungen vorgekommen seien, so würden sie abgelehnt.

Wetterle's Naht.

Der Abgeordnete Wetterle's Naht, daß er gegen die „Straßburger Arbeiterzeitung“ Strafantrag wegen Verleumdung gestellt habe. Er fühle sich durch einen Artikel des Pariser Arbeiterblattes des genannten Blattes, in dem er als der Urheber der StudentenDemonstrationen vor dem Pariser Stadtbau der Stadt Straßburg bezeichnet wurde, beleidigt, da er darin den Vorwurf des Hochverrats (l) erleidet. Das genannte Straßburger Blatt hatte sich auf eine französische Quelle gelehnt. In einem Artikel des „Matin“ vom 17. März des Jahres 1912 schrieb nämlich Delétre Ferrer, der Präsident der republikanischen Studenten in Paris:

„Es war an einem Freitagabend des Jahres 1910. In dem Salon eines kleinen Hotels auf dem linken Rheinufer waren wir um einen Tisch herum versammelt, der eben aus dem deutschen Gefängnis kam; es war der Herr Wetterle. Meine Kameraden hatten einmündig, sich in diesem Hotel zu treffen, um in der elendlichen Atmosphäre der Varietégasse zu verweilen bis ins letzte. Dort wurde bald beschloßen, auch öffentlich zu gehen, daß die französische Jugend in nationalen Fragen einig ist. Der Zug nach der Straßburger Station wurde organisiert, und das ganze Quartier Latin begab sich von der Garonne zum Soufflotplatz. Die Tradition begründete sich, und man wiederholte jährlich den Zug.“

Hier wird ja nun freilich nicht Herr Wetterle's selber, sondern nur die durch ihn erzeugte „eländliche Atmosphäre“ als Urheber der Kundgebungen bezeichnet.

Die Ueberführung der Leiche Kardinal Knops nach Breslau.

Erzbischof Karl Franz Köstl, welcher gestern früh in Vertretung des Kaisers in Troppau eingetroffen war, fuhr von Troppau um 10 Uhr direkt zur St. Geistskirche, wo er vom Kardinal Fürstbischof Dr. Bauer empfangen wurde. Das Pontifikalamt zelebrierte Weibischhof Dr. Augustin-Breslau unter großer geistlicher Assistenz. Während des Mits jang der Kirchenchor das Requiem von Gruber. Darauf nahm Kardinal Bauer die feierliche Einsegnung der Leiche des Kardinals Knops vor. Sodann wurde die Leiche auf den Trauerwagen gehoben und nach dem Staatsbahnhof übergeführt.

Der Staatszug, der die Leiche des verstorbenen Kardinal-Fürstbischofs v. Knop von Troppau nach Breslau bringt, trat nachmittags 4 Uhr 30 Min. in Breslau ein. Das Pontifikal und die Geistlichkeit erwarteten die Leiche am Bahnhof und geleiteten sie in feierlichem Zuge zur fürstbischöflichen Residenz, wo die Aufbahrung in der Gauschelle erfolgte. Die Ueberführung der Leiche vom Bahnhof nach dem Dom erfolgt Dienstag vormittags. Die Beisetzungsfeierlichkeiten beginnen vormittags 10 Uhr.

Kleinere politische Nachrichten.

* Abfahrt des Kaisers von Wilhelmshafen. Das Linien-schiff „Deutschland“ mit dem Kaiser an Bord, hat gestern nachmittags 2 Uhr 15 Minuten Schilling-Reede verlassen und ist nach Bremerhaven in See gegangen. Der Kaiser ist an Bord des Linien-schiffes „Deutschland“ um 6 Uhr abends auf der Reede von Bremerhaven eingetroffen. Die „Deutschland“, ein kleiner Kreuzer und 2 Torpedoboote gingen vor Anker. Das Wetter ist regnerisch und fürmisch. Der Kaiser hat den Abend ausgeprochen, heute vormittags 10 Uhr die Kriegerebene des Unterwieserbereiches in der Lloydhalle in Parade zu befragen.

* Die Kaiserin ist gestern nachmittags gegen 1 Uhr nach Braunschweig abgereist. Die Kaiserin ist nachmittags in Braunschweig eingetroffen. Auf dem Bahnhof hatten sich der Herzog und die Herzogin mit Gefolge zum Empfang eingefunden. Nach kurzer Begrüßung fuhren die hohen Herrschaften von freudigen Zurufen begrüßt im Automobil langsam zum Schloße.

* Beisehung des Bischofs Dr. Boh. In programmatischer Weise fand gestern die feierliche Beisehung des Bischofs Dr. Zuberke's in Dom zu Osnabrück statt.

* „Deumer kontra Baskemann“. Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Nationalienbule Korrespondenz“:

„Im preußischen Abgeordnetenkollegium ist, wie bekannt, die nationalliberale Fraktion einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, im Bundesrat dahin zu wirken, daß rechtsseitige Maßnahmen getroffen werden, die bei der in Aussicht stehenden Reorganisation der handelspolitischen Verhältnisse einen wirksamen Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen gewährleisten. In diesem Antrag, der mit großer Mehrheit angenommen worden ist, wie auch in der von dem Abg. Dr. Deumer durch nebenbei Begründung mit dem Reichler Tagblatt einen Widerspruch gegen die nationalliberale Reichstagsfraktion unter Baskemann sehen. Dies ist nicht ein derartiges Vergehen, es geht hervor, daß die Landtagsfraktion werden Antrag in die Reichstagsfraktion einen Widerspruch mit der Reichstagsfraktion gestellt hat.“

* Ein Gesetzentwurf für das Gewerkschaftsgesetz. Ein Entwurf betreffend Änderung der §§ 33, 33 a, 33 b um der Gewerkschaften ist dem Reichstagspräsidenten. Die vorgeschlagenen

Weschränkungen gehen nur so weit, als unbedingt notwendig ist, um eine Abklärung der vorhandenen Uebelstände zu sichern. Gezeigt wird nur allen die Bedürfnisfrage, die Vorschriften gegen Mißbrauch der Gewerkschaften zur Unklarheit und Unklarheit usw. Der Entwurf sieht ferner scharfe Maßnahmen gegen die Unklarheiten vor und regelt die Konzeptionierung der Mißbrauch und anderer Vorführungen, bei denen ein höheres Summieren nicht vorliegt.

* Untersuchung über den Zolldruck. Bekanntlich sind die ausländischen Stellen schon seit längerer Zeit mit einer Untersuchung über die Beziehungen des englisch-amerikanischen Zolldruckes zur deutschen Zolldruckindustrie beschäftigt. Dem Unternehmen nach sollen nach dem Grund des vorliegenden Materials die eigentlichen Einzelverhandlungen beginnen. Die Reichsregierung hält es für mindestens, daß die Gründung dieser Verhandlungen erst nach Abschluß der gerichtlichen Ueberlegungen und Verfahren gegen gewisse Zolldruckfirmen stattfinden.

* Die Gewerkschaften von Bayern. Wie der „Voss. Zeitung“ aus Straßburg gemeldet wird, befindet sich die dort herrschende Nachkriegs- und die Bewegung der gewerkschaftlichen Gewerkschaften in Bayern, und zwar wird sie auf Ansuchen der Zivilbehörde verurteilt, weil durch ihre Aussagen in dem bekannten Prozeß ein empirisches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich sei.

* Bayerns Besatzung. Wie die „T. Z.“ erzählt, ist die Besatzung des Oberlandes in Bayern infolge der fortwährenden Aufregungen schon in Bayern an einem Gerleiden erkrankt und seit längerer in dauernder ärztlicher Behandlung; auch die als Reheerin angelegte Tochter des Oberlandes hat infolge eines schweren Herpesanfalles aus dem gleichen Grunde ihren Dienst für längere Zeit unterbrechen müssen.

Ausland.

Eine verübte Stimmung

Der Ansturm des Fürsten von Albanien. „Samoauprova“ begrüßt die Ankunft des Fürsten von Albanien und betont, daß Albanien nunmehr in anläßliche internationale Beziehungen zu den fremden Staaten trete. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß es dem Fürsten Willkür in die feierliche Königstempel gelinge, die großen Schwierigkeiten zu bewältigen und Albanien zu einem gesunden Staatswesen zu gestalten, sowie es zur Pflege guter Nachbarschaft zu befähigen. In diesem Falle werde man Europa zu seiner Schöpfung begünstigenden Formen und als Nachbar Albaniens Urkunde sich zu freuen zu sein.

Die angeblliche Probemobilisation in Rußland.

Aus Anlaß des Artikels der Petersburger „Militärischen Rundschau“ über eine angeblich bevorstehende Probemobilisation in Rußland ist die Petersburger Telegrammen-Agentur ermächtigt, festzustellen, daß die Nachricht den Tatsachen nicht entspricht, da eine angebliche Probemobilisation gar nicht ins Auge gefaßt ist und sich die diesjährigen militärischen Übungen dem Umfange nach von denjenigen früherer Jahre durch nichts unterscheiden werden.

Angriffe gegen den französischen Finanzminister.

Die Haltung Caillaux' in der Frage der Rentenbestreuerung bietet den oppositionellen Wählern Anlaß zu neuen heftigen Angriffen.

Mexikanische Gerüchte.

Das Gerücht ist wieder aufgetaucht, daß Guetera in Folge von der Präsidentenwahl zurücktreten und der Oberbefehl gegen die Insurgenten im Norden übernehmen werde, um dann bei den Wahlen im Juli von neuem für die Präsidentenwahl zu kandidieren.

Zu den Unruhen in Brasilien.

Die brasilianische Geländebank in Berlin übermittelt Wolff's Telegramm-Bureau folgende Erklärung: Die in Brasilia über eine revolutionäre Bewegung in Brasilia vorbereiteten Nachrichten sind durchaus unbegründet. Im ganzen Lande herrscht vollkommenste Ordnung, außer in dem Estado Ceara, wo seit einiger Zeit Unruhen herrschen, die aber rein örtlicher Natur sind.

Keine Befreiung amerikanischer Schiffe von den Panamakanalgebühren.

Die Handelskommission des Repräsentantenhauses in Washington hat sich mit 17 gegen 4 Stimmen für den Gesetzentwurf zur Aufhebung der Kanalgebühren über die Befreiung der amerikanischen Küstenschiffe von den Panamakanalgebühren ausgesprochen.

Universitäts-Gent blüht. Die Ausschüsse der belgischen Kammer beilegen einen Antrag aus dem Hause, die Universität Gent in eine neue Form umzuwandeln. Vier Ausschüsse stimmen zu, zwei dagegen.

Schwere Strafen in einem Wiener Spionageprozeß. Der ehemalige kaiserliche Botschafter in Wien, der sich wegen Spionagetaten auf die Schweiz begeben hatte, wurde vor drei Jahren schwerer Strafe verurteilt.

Eröffnung des rumänischen Parlaments. Das Parlament in Bukarest wurde gestern vom König durch Verlesung der Thronrede feierlich eröffnet.

Japanischer Ministerwechsel. Doza, der Präsident des Unterhauses, ist am 1. März zurückgetreten und wird von Uchida, der verstorbenen Masuda als 3. Juli 1914 in Japan eintritt.

Landtag der Provinz Sachsen.

6. Plenarsitzung. Weesburg, 6. März.

Beginn der Sitzung 11 Uhr.

Nach Eröffnung der Sitzung wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht der Anstaltskommission über die Provinzialanstaltsfrage betr. Abänderung der Ordnung für die Landesanstalten sowie der Ordnungen für die Blinden- und Taubstummenanstalten wegen Erhöhung der Unterhaltungsbeiträge. Dem Provinziallandtag wird die Annahme des vom Provinzialausschuß gefassten Beschlusses über die Erhöhung der Beiträge teilweise zu erheben und bei den Patienten 1. Klasse dem Landeshaushalt einen größeren Spielraum zu gewähren, daß er die Beiträge nicht so angedrückt erscheinen lassen, über den bisherigen Satz von 6 Mk. bis zum Höchstbetrag von 15 Mk. hinauszugehen darf, mit einer unbedeutenden rechnerischen Minderung empfohlen. Der Vorsitzende des Provinziallandtags bedankt sich für den Bericht. Berichterstatter Herr Abg. Geling.

2. Bericht der Anstaltskommission über die Provinzialanstaltsfrage betr. Erlass von Reglementen für die Landeserziehungsanstalten der Provinz Sachsen. Der Provinzialausschuß hat den Entwurf eines Reglements für die Landeserziehungsanstalten in Nordhausen, Korbitz und Burg vorgelegt, der aber von dem Reglement, das für die Erziehungsanstalten in Nordhausen und Korbitz jetzt gilt, in einigen Punkten abweicht. Dem Provinziallandtag wird in der Annahme des Entwurfs einstimmig dementsprechend, Berichterstatter Herr Abg. Dr. Küster.

Außerdem beantragt die Anstaltskommission noch, für das Wort „Reglement“ in den Druckdrucken überall „Ordnung“ zu setzen. Der Antrag wird ebenfalls angenommen.

3. Erstattung der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen. Der Provinziallandtag soll folgenden Antrag gestellt:

1. Der Provinzialverband von Sachsen gründet eine Lebensversicherungsanstalt.
2. Der Provinzialverband von Sachsen gewährt ihrer Anstalt ein Stammkapital von 200 000 Mk. in 3 Proz. preussischen Staatsanleihen zum Nennwert;
3. 20 000 Mk. für die Einrichtung der sogenannten großen Lebensversicherung;
4. 50 000 Mk. für die Einrichtung der Volksversicherung.

5. Für diese Anstalt gilt die dem Landtag vorgelegte Satzung. 6. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, diejenigen Änderungen der Satzung vorzunehmen, von denen die Allerböteste Befürchtung eines Abwands gemacht werden sollte. 7. Von Auffüllung eines förmlichen Etats kann für die ersten zwei Jahre abgesehen werden. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, ihm vorzulegende Ausgabemehrung zu genehmigen.

Im Namen der Kommission für die Lebensversicherungsanstalt empfiehlt Herr Abg. Zrennmann die Annahme der Provinzialanstaltsfrage und der Satzung mit einigen realistischen Änderungen. Er berichtet ausführlich über die Verhandlungen der Kommission, die sich mit allen Fragen sehr eingehend beschäftigt hat. Insbesondere hat sie auch die Gründe, welche die Privatgesellschaften angehen, gründlich geprüft und ist zu der Überzeugung gelangt, daß diese nicht so schwerwiegend sind, daß man deshalb von der Gründung absehen oder diese auf eine Weise durchführen sollte, die nicht in auffälliger Weise darauf hindeutet, daß sie aus der Sicht der „Volksfürsorge“ aus. Die Stellung, die man zu dieser einnehmen sollte, ergabe sich aus dem Zweck, den sie bezweckt. Alle Unternehmungen der Sozialdemokratie, welche sie zur Verwirklichung ihrer Ziele zu verwenden und Geld für Fortschritt zu erwerben, und dabei ohne Rücksicht auf die Sache, die sie verfolgen, sind für die Sozialdemokratie von Wert. Vor allen Dingen die Mühsal, die die Volksfürsorge habe die Kommission veranlaßt, die Annahme zu empfehlen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Herr Abg. Wiegand bemerkt, daß die Bedingungen der Privatgesellschaften nicht so ohne weiteres hinzugezogen werden können, zumal auch die Handelstamnen bahnlerländer. Man müsse anerkennen, daß die Privatgesellschaften gegenwärtig gewährt werden. Auch in anderen Kreisen seien Stimmen hervorgehoben, die nicht frei von Bedenken seien. Den Vorwurf, daß die Privatgesellschaften die Volksversicherung nicht genügend betreiben, hält der Redner nicht für berechtigt. Die Gründe, mit denen die Privatgesellschaften das Entstehen einer öffentlich-rechtlichen Versicherung zu hindern suchen, könnten nicht stichhaltig sein, denn sie seien zu weit hergeholt. Die Fortführung der öffentlich-rechtlichen Versicherung werde für die Privatgesellschaften nicht so empfindlich sein, da der Unterschied in den Tarifen nicht bedeutend sei. Der wichtigste Grund für die Annahme des Entwurfs sei der Umstand, daß noch sehr viel Aufwand für die Fortführung vorhanden sei, besonders am dem Lande. Den Umstand, daß sich die Sozialdemokratie durch die Fortführung dieser Sache bedingt hält, hält der Redner ebenfalls für einen wichtigen Grund für die Annahme, die er befürwortet.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen, Erzengel von Hagen, teilt mit, daß er eine Statistik ausgestellt hat über die Zahl der Versicherungen in einem Einkommen über 3000 Mk. im Durchschnitt im Jahre 1913 in den Städten 46 Prozent (in Halle 48 Prozent), auf dem Lande 30 Prozent; es gibt aber auch Kreise mit nur 5 Prozent.

Herr Abg. Wiegand spricht dem Abg. Wiegand bei, der jedoch Bedenken gegen die Beteiligung der Beamten. Die Privatgesellschaften werden durch die Beteiligung der Beamten zu bekämpfen, weil sie sich ja nicht gegen die Konkurrenz an sich, sondern gegen die Aufhebung öffentlicher Mittel und die Beteiligung von Beamten wenden. Aber ich übertrage, daß man an dem Urteil der Handelskammern zu adios vorbeigehen will. Es hätte es genügt, daß die Beteiligung der Beamten durch den Schwerpunkt der ganzen Angelegenheit liegt der Redner darin, daß man zu große Hoffnungen daran knüpfen.

Herr Abg. Oberpräsident Dr. Riese-Galle erklärt die großen sozialen Verdienste der Privatgesellschaften an, aber den öffentlich-rechtlichen müsse man diese ebenfalls zuerkennen. Die Versicherung sei noch weniger verbreitet, weshalb mußte die Einrichtung willkommen sein, die zu ihrer Verbreitung diene. Die Privatgesellschaften hätten selbst erklärt, daß sie die Konkurrenz nicht fördern, er sehe daher keinen Grund, weshalb sie die öffentlich-rechtliche Versicherung bekämpfen. Die Sozialdemokraten hätten die Volksversicherung für sich zu gewinnen, aber auch, es sei ungenügend, ob zur Bekämpfung der Volksversicherung oder der öffentlich-rechtlichen Versicherung. Die Sozialdemokratie sehe sich durch die Einführung der Lebensversicherung mit ihren Prinzipien in Widerspruch. Sie tue das aus dem Grunde, um die Massen anzuregen, die Volksversicherung zu betreiben, die Versicherung sei das Lebenslicht, weil die Agenten in sehr enger Verbindung mit dem Publikum kommen. Wo die sozialdemokratische Idee nicht mehr fruchtbar, verläßt die größte Feind des Kapitalismus seine Ziele zu erreichen auf dem Wege des Kapitalismus. Es sei unsere Pflicht, mit allen Mitteln ihm entgegenzutreten. Da sollen sich die Privatgesellschaften freuen, wenn sie noch einen Bundesgenossen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bekommen. Die Privatgesellschaften sind es besonders, denn ich Beamte in den Dienst der Versicherung stellen. Das erklärt der Redner im Grunde als berechtigt an; doch sei die Beteiligung der Beamten gegen den Gemeinwohl der Provinz Sachsen von Bedeutung. Außerdem hätten sich die Privatgesellschaften auch oft mit Behörden und Beamten zur Verbreitung ihrer Ziele in Verbindung gesetzt. Die Stellungnahme der Privatgesellschaften weise sehr viele Widersprüche auf. Das Urteil der Handelskammern sei nachteilig, denn es seien dazu die Privatgesellschaften zu schützen und müssen daher gegen einen öffentlichen Verstoß

sein. Eine Verfügung hält der Redner nicht für angebracht, denn es seien Strafverfahren gegen die Agenten und Beamten, die sich an dem genug gemeldet. Die Opposition begrüßt es mit Freuden, weil sie veranlaßt habe, daß die Frage außerordentlich gründlich geprüft werden sei.

Herr Abg. Dr. Ardenne teilt mit, daß ein Antrag auf Besetzung nicht gefasst worden sei. Er tritt den Ausführungen seines Vorredners entgegen und empfiehlt die Besetzung der Stelle.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und zur Abkündigung gedrückt.

Die Vorlage des Provinzialausschusses und die Satzung mit den Änderungen und Zusätzen der Kommission werden mit großer Mehrheit angenommen.

4. Einmalige Schulübertragung der Provinzialanstaltsfrage betr. die geschäftliche Behandlung von Geschäftsaufträgen.

Am 28. Provinziallandtag war von dem Abg. Dr. Ludwig v. Gen. folgender Antrag gestellt worden:

Der Landtag manne beschließen, Anträge auf Bewilligung von Stellen für große Sachbureau (Kauf- und Erwerbungsstellen) sind, bevor sie an den Landtag gelangen, einer aus 5 Mitgliedern und 2 stellvertretenden Mitgliedern bestehenden Kommission zur qualitativen Prüfung vorzuliegen. Diese Kommission wird dem Landtag Bericht zu erstatten. Die Kommission wird dem nächsten Landtag Bericht zu erstatten. Die Kommission wird dem nächsten Landtag Bericht zu erstatten. Die Kommission wird dem nächsten Landtag Bericht zu erstatten.

Der Provinziallandtag hat demnach mit großer Mehrheit die Besetzung der Stelle für große Sachbureau (Kauf- und Erwerbungsstellen) beschlossen, den Provinzialausschuß zu erstatten.

1. auf Mittel und Wege Bedacht zu nehmen, durch die dem Provinziallandtag die Möglichkeit gegeben wird, ohne Verletzung bestehender gesetzlicher Vorschriften die seiner Beschäftigung zu unterbreitenden Bewerbungen in Bezug auf die Besetzung der Stelle für große Sachbureau und die im Gemeinwesen der zur Durchführung der Projekte erforderlichen anstandslosigen Stellen seinerseits einer gründlichen und überzähligen Prüfung zu unterziehen;
2. über das Ergebnis der diesbezüglichen Ermittlungen und die hierzu erforderliche Beschäftigung des nächsten Provinziallandtags Bericht zu erstatten.

Die Kommission hat der Provinziallandtag beschlossen, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, die von ihm für die Besetzung der Stelle für große Sachbureau (Kauf- und Erwerbungsstellen) zu ermittelnden Bewerbungen in Bezug auf die Besetzung der Stelle für große Sachbureau und die im Gemeinwesen der zur Durchführung der Projekte erforderlichen anstandslosigen Stellen seinerseits einer gründlichen und überzähligen Prüfung zu unterziehen.

Der Berichterstatter Herr Abg. Dr. Ludwig teilt mit, daß der Provinzialausschuß im Verlauf dieser Besetzung eine besondere Schwierigkeit im Hinblick auf die Besetzung der Stelle für große Sachbureau (Kauf- und Erwerbungsstellen) hat. Diese Kommission ermächtigt hat, von Fall zu Fall einen oder mehrere Sachverständige zu ihren Beratungen hinzuzuziehen. Außerdem sollen hinsichtlich der Stellen an die Provinziallandtag, welche größere Sachbureau betreffen, ausführliche Angaben und Berichte über die Besetzung der Stellen dem Provinziallandtag vorgelegt werden, so rechtzeitig übermitteln werden, daß bis zum Zusammentritt des Provinziallandtags eine ausreichende Information möglich ist.

Damit ist den Wünschen des Provinziallandtags genügt und der Beschluß vom 29. März 1912 erlassen.

5. Bericht der Kommission für die Provinzialanstaltsfrage über die Provinzialanstaltsfrage betr. Erweiterung der Provinzialanstaltsfrage zu einer Sächsischen Landesanstalt.

Der Provinziallandtag soll folgenden Antrag gestellt:

1. Der Provinziallandtag wird ermächtigt, eine Sächsischen Provinzialanstalt zu errichten.
2. Für diese gilt die vorgelegte Satzung.
3. Für die Ausgabe der für diese der Staat zu bewilligenden Schuldverschreibungen der Provinz Sachsen gilt die vorgelegte Satzung.
4. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, diejenigen Änderungen der Satzung und Ordnung vorzunehmen, von denen die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ohne abhängig gemacht werden sollte.
5. Von Auffüllung eines förmlichen Etats kann für die ersten beiden Jahre abgesehen werden. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, eine ihm vorzulegende Ausgabemehrung zu genehmigen.

Der Berichterstatter Herr Abg. Krüger empfiehlt im Namen der Kommission für die Landesanstalt die Annahme der Provinzialanstaltsfrage und der Satzung nach Ordnung mit einer geringen Anzahl mehr realistischer Änderungen. Der Name „Sächsische Provinzialanstalt“ soll in „Landesanstalt der Provinz Sachsen“ umgewandelt werden. In seiner ausführlichen Begründung führte der Redner u. a. aus, daß die Provinz nicht ganz einen selbständigen, selbständigen Charakter hat, vielmehr müsse man mit den Worten Hand in Hand gehen.

Der Provinziallandtag beschloß dem Vorschlag der Kommission entsprechend.

Herr Abg. Krüger betont, daß der Provinziallandtag bei der Besetzung der Stelle für große Sachbureau (Kauf- und Erwerbungsstellen) die Besetzung der Stelle für große Sachbureau (Kauf- und Erwerbungsstellen) zu berücksichtigen hat.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen, Erzengel von Hagen, dankt dem Redner dafür, daß er den heutigen Tag als den bedeutendsten in der Geschichte des Provinziallandtags bezeichnet hat. Er spricht die Erwartung aus, daß die wichtigen Beschlüsse, die heute gefasst worden sind, allen Gliedern der Provinz zum Segen gereichen und daß alle in einmütigen Zusammenarbeiten Nutzen davon haben mögen.

6. Einmalige Schulübertragung der Besetzung des Herrn Oberpräsidenten betr. Neuwahl der bürgerlichen Mitglieder der Obererziehungscommission und deren Stellvertreter in den Bezirken der 13., 14., 15. und 16. Untererziehungsbezirke der Landeserziehungsstellen Halle und Erfurt für die Jahre 1915, 1916 und 1917.

Der Provinziallandtag hat die Besetzung der Stellen der bürgerlichen Mitglieder der Obererziehungscommission und deren Stellvertreter.

Die einzelnen Obererziehungscommissionen werden an bürgerlichen Mitglieder und Stellvertreter bestellt:

- a) Obererziehungscommission 13 1 Mitglied, 1 Stellvertreter.
- b) Obererziehungscommission 14 1 Mitglied, 1 Stellvertreter.
- c) Obererziehungscommission 15 1 Mitglied, 1 Stellvertreter.
- d) Obererziehungscommission 16 1 Mitglied, 1 Stellvertreter.

7. Bericht der Provinzialanstaltsfrage über die Prüfung und Entlassung von 122 Lehrlingen.

Der Berichterstatter Herr Abg. Wiegand empfiehlt folgenden Antrag zur Annahme:

Provinziallandtag solle beschließen:

1. von dem Berichte der Rechnungscommission vom 4. März 1913 Kenntnis zu nehmen;
2. die Rechnung des Herrn Abg. Wiegand für die öffentlichen Lebensversicherung genehmigen.

insbesondere unter den in diesen vorgelegten Berichten zu enthalten;

III. von Provinz und Gemeinden für die Beiträge, welche sie der Provinzialanstaltsfrage schulden werden, jedoch nicht rechtzeitig abzurufen, Verzugsanträge zu fordern.

Der Provinziallandtag beschloß dementsprechend:

8. Bericht der Provinzialanstaltsfrage über die Provinzialanstaltsfrage betr. die Besetzung der Stellen für große Sachbureau (Kauf- und Erwerbungsstellen) in den Jahren 1911 und 1912 vorgelegten Landeserziehungsstellen und die Verwaltungsausschüsse derselben Jahre.

Dem Provinziallandtag hat der Provinzialausschuß:

- a) zwei Nachweisungen der in den Rechnungen über die Provinzialanstaltsfrage in den Jahren 1911 und 1912 vorgelegten Landeserziehungsstellen und Verwaltungsausschüsse derselben Jahre;
- b) zwei Nachweisungen der Verwaltungsausschüsse derselben Rechnungsjahre mit dem Antrage überreicht, die Provinziallandtag solle:

I. die in Spalte 10 der Nachweisungen auf a) beschilderten Landeserziehungsstellen und Verwaltungsausschüsse mit 206 929,24 Mk. im Rechnungsjahre 1911 und 143 615,15 Mk. im Rechnungsjahre 1912 genehmigen.

II. von den als Landeserziehungsstellen der Verwaltungsausschüsse auf a) betrachteten, in Spalte 8 derselben Nachweisungen aufgeführten Landeserziehungsstellen mit 12 694,24 Mk. im Rechnungsjahre 1911 und 128 688,94 Mk. im Rechnungsjahre 1912, welche durch Einräumung oder Ausgabebekämpfung an übertragbare Stelle gedeckt worden sind oder in der Jahresrechnung nur durchlaufen erscheinen, wie auch:

III. den Verfall der Verwaltungsausschüsse für die Jahre 1911 und 1912 mit 391 381,90 Mk. im Rechnungsjahre 1911 und 151 265,16 Mk. im Rechnungsjahre 1912 Kenntnis nehmen.

Der Berichterstatter Herr Abg. Wiegand empfiehlt im Namen der Rechnungscommission, zu beschließen, wie von dem Provinzialausschuß in dem Beschlusse Nr. 8 betr. Landeserziehungsstellen usw. vorgeschlagen und den Herrn Landeshaushalt zu erstatten, dem Leiter der Erziehungsanstalt Nordhausen die Anhaltung des Anstalts auf neue zur Pflicht zu machen und ihm zu eröffnen, daß er für unzureichende Landeserziehungsstellen unbedingbar verantwortlich gemacht werden und daß jede Staatsüberweisung als unzureichend angesehen werden wird, trotzdem das möglich war.

Der Landtag beschloß dem Kommissionsantrag entsprechend.

9. Bericht der Provinzialanstaltsfrage über den Landeserziehungsstellen und die Landeserziehungsstellen für die Rechnungsjahre 1914 und 1915. Der Provinziallandtag beschloß in Einmütigkeit und Ausgabe mit 570 400 Mk. Wird genehmigt. Berichterstatter Herr Abg. Schmelz.

Darauf liegt folgender Antrag vor:

Der Provinziallandtag solle folgenden Rattrag zum Reglement des Reglements der Witwen- und Waisenvereinsanstalt der Provinz Sachsen am 19. März 1908 beschlossenen Abänderungen des Reglements der Witwen- und Waisenvereinsanstalt der Provinz Sachsen sowie alle Bestimmungen dieses Reglements in seiner Fassung vom 10. August 1908 gelten lassen. In April 1914 ab und für die Hinterbliebenen der von dem April 1907 verstorbenen Beamten mit der Maßgabe, daß Nachzahlungen für die Zeit vor dem 1. April 1914 nicht geleistet werden.

Zur Begründung führt der Berichterstatter Herr Abg. Krüger aus:

Der Landtag hat unter dem 19. März 1908 beschlossenen Abänderungen des Reglements der Witwen- und Waisenvereinsanstalt die für die Hinterbliebenen der Witwen- und Waisenvereinsanstalt der Provinz Sachsen folgende Erweiterung erlassen:

1. 300 000 Mk. der Staatsanleihe von 3000 auf 5000 Mk. erhöht werden.
2. Die Verrechnung des Aufgebots, welches der Festsetzung der Hinterbliebenenbezüge zugrunde zu legen ist, für die Hinterbliebenen insofern günstiger gestaltet werden, als das Aufgebotsverhältnis nicht mehr 100/100, sondern 100/100 sein soll. Dieses Aufgebotsverhältnis wird mit jedem weiteren Dienstjahre um 1/10 bis zum vollendeten 30. Dienstjahre und von da ab um 1/10 bis zum vollendeten 40. Dienstjahre auf den Höchstbetrag des Dienstverhältnisses der Hinterbliebenen zu erhöhen.
3. Die Dienstzeiten werden bereits vom Beginn des 18. Lebensjahres, statt bisher des 21., anzurechnen.

Diesen Verbesserungen ist rückwirkende Kraft vom 1. April 1907 ab beizulegen, aber nur für die Hinterbliebenen derjenigen Beamten, welche nach dem 1. April 1907 verstorben sind. Die Witwen- und Waisenvereinsanstalt der Provinz Sachsen, welche vor dem 1. April 1907 verstorben sind, sind nach den früheren, weniger günstigen Bestimmungen berechnen. Diese sollen nun den anderen gleichgestellt werden. Dadurch wird eine Mehrausgabe von etwa 38 000 Mk. jährlich erforderlich.

Der Landtag beschloß dementsprechend.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen, Erzengel von Hagen, dankt dem Herrn Abgeordneten für die Pflanzzeit, die sie immer gezeigt haben, wenn er mit einer Bitte an sie herantritt. Obwohl es nun eigentlich an der Zeit sei, daß es einmal damit aufhöre, komme er doch wieder mit einer Bitte. Es sei ein Entschluß gefasst worden, das Rentenverhältnis zu genehmigen. Wenn auch die Rentenverhältnisse ein gewisses Maß an Erhöhung erfahren, so seien diese Erhöhungen nicht geringfügig, sondern eine große Ausgabengruppe. Infolge der Seereservierung neue große Ausgaben gestellt kommen. Dazu sei aber Geld nötig. Es sei deshalb beschloffen, um 10 Mk. in der ganzen Provinz einen großen Blumentag zu veranstalten. Wenn auch die Staatsanleihe dabei der Reichslandschafts-Frauenvereins und das Komitee des roten Kreuzes selbst übernehmen, so bitte er doch die Herren Bürgermeister, Landräte und jeden, der ein warmes Herz für diese Sache habe, seine Kräfte in ihren Dienst zu stellen.

Darauf folgte eine gelehrte Sitzung.

Morgen, Sonnabend, 6 Uhr Schlußsitzung.

sch.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering.

Wie bereits in Nr. 109 der „Sächsischen Zeitung“ mitgeteilt wurde, ist die Wahl des internationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Riese-Galle in Stendal-Ürbering für ungültig erklärt. Somit wird, wenn es bis jetzt zu sein pflegt, das Plenum dem Beschlusse des Ausschusses zumittelt, der Reichstagswahl Stendal-Ürbering eine Ersatzwahl vorzunehmen haben.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering ist jedoch ein Kampfsfeld zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten gewesen. Von 1867 bis 1874 war der Sozialist Lorenz, dann bis 1877 nationalliberal, von dieser Zeit bis 1907 wieder sozialdemokratisch und von 1907 bis 1912 wieder nationalliberal vertreten. Bis 1912 der Reichstagsabgeordnete für die Reichstagswahl Stendal-Ürbering und ab 1912 Reichstagsabgeordnete in der Reichstagswahl Stendal-Ürbering 8621 nationalliberalen und 7494 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, in der Stichwahl mit 13 288 Stimmen über den Nationalliberalen Fußmann, der nur 10 695 Stimmen erhielt.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering ist jedoch ein Kampfsfeld zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten gewesen. Von 1867 bis 1874 war der Sozialist Lorenz, dann bis 1877 nationalliberal, von dieser Zeit bis 1907 wieder sozialdemokratisch und von 1907 bis 1912 wieder nationalliberal vertreten. Bis 1912 der Reichstagsabgeordnete für die Reichstagswahl Stendal-Ürbering und ab 1912 Reichstagsabgeordnete in der Reichstagswahl Stendal-Ürbering 8621 nationalliberalen und 7494 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, in der Stichwahl mit 13 288 Stimmen über den Nationalliberalen Fußmann, der nur 10 695 Stimmen erhielt.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering ist jedoch ein Kampfsfeld zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten gewesen. Von 1867 bis 1874 war der Sozialist Lorenz, dann bis 1877 nationalliberal, von dieser Zeit bis 1907 wieder sozialdemokratisch und von 1907 bis 1912 wieder nationalliberal vertreten. Bis 1912 der Reichstagsabgeordnete für die Reichstagswahl Stendal-Ürbering und ab 1912 Reichstagsabgeordnete in der Reichstagswahl Stendal-Ürbering 8621 nationalliberalen und 7494 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, in der Stichwahl mit 13 288 Stimmen über den Nationalliberalen Fußmann, der nur 10 695 Stimmen erhielt.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering ist jedoch ein Kampfsfeld zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten gewesen. Von 1867 bis 1874 war der Sozialist Lorenz, dann bis 1877 nationalliberal, von dieser Zeit bis 1907 wieder sozialdemokratisch und von 1907 bis 1912 wieder nationalliberal vertreten. Bis 1912 der Reichstagsabgeordnete für die Reichstagswahl Stendal-Ürbering und ab 1912 Reichstagsabgeordnete in der Reichstagswahl Stendal-Ürbering 8621 nationalliberalen und 7494 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, in der Stichwahl mit 13 288 Stimmen über den Nationalliberalen Fußmann, der nur 10 695 Stimmen erhielt.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering ist jedoch ein Kampfsfeld zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten gewesen. Von 1867 bis 1874 war der Sozialist Lorenz, dann bis 1877 nationalliberal, von dieser Zeit bis 1907 wieder sozialdemokratisch und von 1907 bis 1912 wieder nationalliberal vertreten. Bis 1912 der Reichstagsabgeordnete für die Reichstagswahl Stendal-Ürbering und ab 1912 Reichstagsabgeordnete in der Reichstagswahl Stendal-Ürbering 8621 nationalliberalen und 7494 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, in der Stichwahl mit 13 288 Stimmen über den Nationalliberalen Fußmann, der nur 10 695 Stimmen erhielt.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering ist jedoch ein Kampfsfeld zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten gewesen. Von 1867 bis 1874 war der Sozialist Lorenz, dann bis 1877 nationalliberal, von dieser Zeit bis 1907 wieder sozialdemokratisch und von 1907 bis 1912 wieder nationalliberal vertreten. Bis 1912 der Reichstagsabgeordnete für die Reichstagswahl Stendal-Ürbering und ab 1912 Reichstagsabgeordnete in der Reichstagswahl Stendal-Ürbering 8621 nationalliberalen und 7494 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, in der Stichwahl mit 13 288 Stimmen über den Nationalliberalen Fußmann, der nur 10 695 Stimmen erhielt.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering ist jedoch ein Kampfsfeld zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten gewesen. Von 1867 bis 1874 war der Sozialist Lorenz, dann bis 1877 nationalliberal, von dieser Zeit bis 1907 wieder sozialdemokratisch und von 1907 bis 1912 wieder nationalliberal vertreten. Bis 1912 der Reichstagsabgeordnete für die Reichstagswahl Stendal-Ürbering und ab 1912 Reichstagsabgeordnete in der Reichstagswahl Stendal-Ürbering 8621 nationalliberalen und 7494 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, in der Stichwahl mit 13 288 Stimmen über den Nationalliberalen Fußmann, der nur 10 695 Stimmen erhielt.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering ist jedoch ein Kampfsfeld zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten gewesen. Von 1867 bis 1874 war der Sozialist Lorenz, dann bis 1877 nationalliberal, von dieser Zeit bis 1907 wieder sozialdemokratisch und von 1907 bis 1912 wieder nationalliberal vertreten. Bis 1912 der Reichstagsabgeordnete für die Reichstagswahl Stendal-Ürbering und ab 1912 Reichstagsabgeordnete in der Reichstagswahl Stendal-Ürbering 8621 nationalliberalen und 7494 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, in der Stichwahl mit 13 288 Stimmen über den Nationalliberalen Fußmann, der nur 10 695 Stimmen erhielt.

Die Reichstagswahl Stendal-Ürbering ist jedoch ein Kampfsfeld zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten gewesen. Von 1867 bis 1874 war der Sozialist Lorenz, dann bis 1877 nationalliberal, von dieser Zeit bis 1907 wieder sozialdemokratisch und von 1907 bis 1912 wieder nationalliberal vertreten. Bis 1912 der Reichstagsabgeordnete für die Reichstagswahl Stendal-Ürbering und ab 1912 Reichstagsabgeordnete in der Reichstagswahl Stendal-Ürbering 8621 nationalliberalen und 7494 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, in der Stichwahl mit 13 288 Stimmen über den Nationalliberalen Fußmann, der nur 10 695 Stimmen erhielt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 6. März 1914.

Am Regierungstische: Handelsminister Dr. Sydow, Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Schwinsk...

Das Haus setzte die Beratung des Handels- und Gewerbebeitrags beim Titel „Ministergehalt“ fort.

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Die von den Konsumvereinen und Gewerkschaften gegründete Kommission zur Bekämpfung der Warenhandelsbeschränkung...

Kollekt sind von großem Werte für Handel und Industrie. Bei einer Abkehr von der beschränkten Wirtschaftspolitik...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

Abg. Weimer (Nal.): Es ist geradezu ein Unglück für uns, daß man bei allen möglichen Gelegenheiten in den Parlamenten...

bei ist oder zu berücksichtigen, daß der Fachliteratur zufolge das ein-...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Abg. Baumann (Str.) fragte, wie der Markt für die Warenhandelsbeschränkung...

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 6. März 1914.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Kraetzel, Erster Vizepräsident Dr. Baumbach...

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

